

SCHULZ REPORT

Informationen über die parlamentarische Arbeit unseres Bundestagsabgeordneten

#SPDerneuern

Der Mitgliederentscheid hat ein klares Ergebnis gebracht, das zu akzeptieren ist. Ein „Weiter so“ der Großen Koalition darf es aber nicht geben. Alle, von der Basis über Funktionäre und Mandatsträger bis zur engeren Spitze der Partei, müssen nun den Ankündigungen, Konsequenzen aus den Wahlniederlagen zu ziehen und die SPD zu erneuern, Taten folgen lassen. Der Mitgliederentscheid muss der Ausgangspunkt dafür sein. Die engagierte Debatte hat gezeigt, dass die Partei lebt – und sie darf jetzt nicht wieder in den Dornröschenschlaf sinken.

Wir müssen uns inhaltlich neu aufstellen. Und das wird nur funktionieren, wenn wir eine neue Debattenkultur etablieren. Die SPD ist traditionell stolz darauf, eine Programmpartei zu sein. Darauf, dass sie streitet und um die beste Lösung ringt. Nicht immer zum Gefallen der Öffentlichkeit, aber: demokratisch!

Doch wenn wir ehrlich sind, hat die Debattenkultur in den letzten rund 20 Jahren massiv gelitten. Immer wieder hat die Spitze irgendetwas entschieden und dann wurde das gegen Kritik und Widerstände durchgeboxt, zur Not mit Rücktrittsdrohungen. Was wir brauchen, sind ergebnisoffene Debatten über den richtigen Weg, in den die Mitglieder der Partei eingebunden, aber auch gesellschaftliche Kräfte um Rat gefragt werden.

Das ist auch die beste Voraussetzung, um wieder ein modernes, attraktives Programm zu bekommen. Wenn wir ehrlich sind: das letzte Wahlprogramm war kreuzbrav. Fast wirkte es wie die vorweggenommene GroKo.

Um welche Probleme, welche Themen geht es? Immer mehr Leute haben häufig nicht mehr das Gefühl, die SPD ist für sie da. Wir haben in den letzten Jahren viele unserer traditionellen Wähler verloren. Ihnen müssen wir uns erkennbar wieder zuwenden. Die Herausforderung besteht darin, das zu tun, ohne moderne Gesellschaftspolitik in Frage zu stellen. Im Gegenteil: Wenn wir so tun als würden die Antworten auf die 2020er Fragen in den 1970er Jahren zu finden sein, ist das der sichere Weg in



den Untergang. Umweltschutz und Rente, gute Arbeit und Datensicherheit, Mieterschutz und Asylrecht sind keine Gegensätze, dürfen es für die SPD nicht sein.

Nur: Es muss das Fundament da sein, die Überzeugung, dass die SPD sich für die Menschen einsetzt. Und diese klassische SPD-Kernerarbeit für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit muss stimmen – und das tut sie in der Wahrnehmung vieler eben nicht mehr. Das muss nach Mindestlohn und Rente mit 63 in der letzten Legislaturperiode noch stärker korrigiert werden! Wir müssen darum wieder mehr über Steuer- und Finanzpolitik sprechen, über Armut und Reichtum, über Umverteilung und Gerechtigkeit! Unsere emanzipatorische Grundidee der Gleichheit der Menschen, das ist das, was uns von den Konservativen unterscheidet. Und das müssen wir wieder stärker herausarbeiten!

Dazu gehört auch die vielleicht schwierigste Herausforderung: Dem Geschäftsmodell der AfD wirksam und überzeugend entgegenzutreten. Denn die greifen Missstände auf und geben den

anderen, den Flüchtlingen, dem Islam, und den Linken die Schuld. Und Sie schüren Ängste vor sozialem Abstieg, vor Kriminalität, vor kultureller Enteignung.

Dem können wir nur entgegenwirken, wenn wir die Probleme erkennen, sie benennen und Lösungen finden. In sozialer Hinsicht, aber auch mit Blick auf die Integration. Die Sozialdemokratie setzt auf Unterstützung. Aber wo das nicht hilft, ist der Staat gefragt, mit aller gebotener Klarheit und Härte durchzugreifen.

Wir dürfen über das Sicherheitsbedürfnis der Menschen nicht hinweggehen, uns vielleicht sogar lustig darüber machen. Vielmehr müssen wir Sicherheit, Geborgenheit, ja: auch Heimat geben und verbinden mit der emanzipatorischen Idee der Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Wir wollen Gemeinschaftssinn stiften und, das ist zentral: die europäische Idee stärken. Das geht nur mit einem starken Staat. Einem Staat, der die Handlungsfähigkeit hat und ausübt in Bezug auf Kriminalität auf der Straße ebenso wie in der Wirtschaft und der Arbeitswelt. Der Brexit, die Wahl von Trump, das Aufkommen von Rechtspopulisten überall in Europa ist doch im Kern geprägt von dem Wunsch, dass der Staat die Kontrolle wiedererlangt und Sicherheit gibt. Das fängt ganz alltäglich auf der Straße der Großstadt an.

Es wird keine Identifikation mit dem Staat, keine Zufriedenheit mit uns geben, wenn wir es nicht hinbekommen öffentliche Dienstleistungen, wie Service in Bürgerämtern verlässlich anzubieten und Infrastruktur, wie moderne Schulen und intakte Straßen, zur Verfügung zu stellen oder vor Ort die Parks sauber zu halten und Drogendeals zu unterbinden und gleichzeitig Ausbeutung in der Leiharbeit sowie skandalöse Steuervermeidung und -hinterziehung von Konzernen und Reichen zu verhindern.

Es ist also viel zu tun, um die SPD zu erneuern. Ich will meinen Teil im Deutschen Bundestag und in der Partei leisten.



#SPDerneuern



Liebe Genossinnen und Genossen,

nun ist es also vollbracht: Der Koalitionsvertrag ist unterschrieben, die Bundeskanzlerin gewählt und die Bundesministerinnen und Bundesminister vereidigt. Ich habe mich gegen die Große Koalition, die ja nach massiven Wahlverlusten aller drei Parteien gar nicht mehr so groß ist, gewandt. Aber natürlich akzeptiere ich das Ergebnis und will als Mitglied des einflussreichen Haushaltsausschusses meinen Teil dazu beitragen, dass wir erfolgreich und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger regieren. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Befürchtungen, die mit einer erneuten „GroKo“ verbunden sind, nicht Realität werden. Und dazu gehört, dass es eben eine Erneuerung und kein „Weiter so“ geben darf.

Doch was heißt das? Hier stelle ich ein paar Gedanken dazu vor. Sie sind beeinflusst von den Erfahrungen mit und in der Koalition. Aber natürlich auch von den vielen Gesprächen die ich vor und nach der Wahl mit Bürgerinnen und Bürgern und Parteimitgliedern geführt habe. Natürlich wird es mir in den kommenden Jahren im Deutschen Bundestag neben der „Großen Politik“ weiterhin darum gehen, die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger auch hier vor Ort aufzunehmen und zu vertreten: Wenn es etwa um das JobCenter, den Fernbahnhof oder die Mieten geht. Für Gespräche stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen

Swen Schulz



Entwicklung auf ehemaligem Kasernengelände

Entgegen der ursprünglichen Planung soll die Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne durch die Bundespolizei und Spezialeinheiten genutzt werden. Mit einer Machbarkeitsstudie sind dazu nun die ersten verwaltungsinternen Schritte für die künftige Nutzung der Kaserne auf den Weg gebracht worden. Als nächstes steht die Abstimmung mit dem Bundesbauministerium und dem Bundesfinanzministerium an, um das Vorhaben im nächsten Bundeshaushalt zu verankern und dann erheblich in den Ausbau der Liegenschaft zu investieren. Damit wird die Bundespolizei bei uns deutlich stärker präsent sein. Und auch die GSG 9.

Das hat natürlich auch Folgen für die Anwohner, denn voraussichtlich werden dort auch Hubschrauber zum Einsatz kommen. Der Grundsatz gilt: Wer mehr Polizei und mehr Sicherheit will, muss dafür auch die Bedingungen schaffen. Gleichwohl sollten die Planungen eng mit dem Bezirk und den unmittelbar Betroffenen abgestimmt sein und auf berechnete Anwohner-

interessen Rücksicht genommen werden. Ich habe darum die Bundespolizei zu einem Anwohnerggespräch vor Ort eingeladen.

Mit diesem Beschluss des Bundesinnenministeriums sind auch die Pläne des Bezirkes, das Kasernengelände zu entwickeln, vom Tisch. Umso stärker rückt das bundeseigene Gelände an der Neuendorfer Straße nördlich des Krankenhauses Spandau ins Blickfeld, für dessen bessere Nutzung ich mich länger schon einsetze. Das ist eine riesige, zentrale und zum großen Teil brachliegende Fläche. Dieses Gelände schreit nach einer Nutzung für Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Arbeit, Freizeit und Wohnen. Ich fordere Bezirk, Senat und Bund erneut auf, sich darum zu kümmern. Dort ist ein Entwicklungssprung nach vorne mit guter Wirkung für ganz Spandau machbar! Ich versuche nun die Verantwortlichen von Bundesregierung, Senat und Bezirk zusammenzubringen - das ist nicht leicht, lohnt aber den Versuch!

Bessere Versorgung

Stroke-Einsatz-Mobile (STEMO) sind bei Schlaganfällen von Bedeutung. Sie werden von der Berliner Feuerwehr im Rahmen eines Projekts in der Schlaganfallforschung eingesetzt. Ziel ist es, darüber Erkenntnisse zu gewinnen, wie eine noch frühere und effektivere Behandlung von Schlaganfällen ermöglicht werden kann, als dies bisher durch die Krankenhäuser mit Stroke-Units möglich ist. Dazu ist das STEMO neben der üblichen Versorgung mit einem mobilen Computertomographen sowie mit modernster Labortechnik und telemedizinischer Vernetzung ausgestattet. Ich hatte mich vor einiger Zeit dafür eingesetzt, dass es auch im Nordwesten ein solches Mobil gibt. Demnächst ist es soweit. Im Frühjahr wird eines an der Feuerwache Nikolaus-Groß-Weg stationiert und die Bereiche

abdecken, die innerhalb eines Zeitraumes von 20 Minuten erreichbar sind. Dies sind große Teile von Spandau und Charlottenburg, auch Bereiche von Reinickendorf, Mitte bis nach Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee.



Wasserangelegenheiten

Anwohner der Havel im Spandauer Zentrum beklagen eine starke Belastung durch Abgase der Schiffsdieselmotoren: Die stinken und sind gesundheitsschädigend. Insbesondere, wenn an der Anlegestelle mitunter über Nacht die Diesellgeneratoren zur Stromerzeugung laufen, ist das für Anwohner nicht akzeptabel. Ich habe darum eine erneute Initiative gestartet, nachdem ich mich bereits in der Vergangenheit dafür eingesetzt hatte, dass es Stromanschlüsse gibt und dass die Schiffe von dort auch ihren Strom beziehen müssen. Das Bundesverkehrsministerium hatte diese Forderung jedoch bislang immer zurückgewiesen. Auch das Wasser- und Schifffahrtsamt zeigte bisher kein Problembewusstsein. Nachdem ich aktuelle Stellungnahmen der Betroffenen gesammelt und erneut die Verantwortlichen angesprochen habe, gibt es nun einen Erfolg: Das zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt hat mir mitgeteilt, bundesweit für ausreichend Stromkästen zu sorgen und ein Anschlussgebot durchsetzen zu wollen. Ich setze

nun darauf, dass zum nächsten Winter kein Schiff in der Stadt mehr den Diesel laufen lässt.

Auch bis zum Winter verzögert sich die Fertigstellung der Schleuse Plötzensee. Das zumindest teilte mir das Bundesverkehrsministerium mit. Ich hatte gehofft, dass die Schleuse wie versprochen pünktlich zum Saisonbeginn des Wassertourismus wieder eröffnet wird. Den Angaben des Ministeriums zufolge, ist die Umrüstung der Schleusenanlage auf eine Fernbedienung von der Schleuse Charlottenburg aus zwar zwischenzeitlich abgeschlossen. Für eine einheitliche und sichere Bedienung beider Anlagen stehe jetzt aber noch der technische Umbau der Schleuse in Charlottenburg an. Verzögerungen, die auch dem Personalabbau beim Wasser- und Schifffahrtsamt geschuldet sind. Mittelfristig sollen die Berliner Schleusen von einer Leitzentrale in Berlin-Grünau per Fernbedienung gesteuert werden. Diese soll nach derzeitigem Planungsstand im Jahr 2021 in Betrieb genommen werden.

Talentförderung: Schule an der Jungfernheide ausgewählt

Alle Schülerinnen und Schüler sollten optimal gefördert werden, keine Frage. Das gilt natürlich auch für die besonders leistungsstarken jungen Talente. Im Rahmen einer neuen, gemeinsamen Initiative wollen Bund und Länder begabte Schülerinnen und Schüler besonders fördern. Dafür werden über einen Zeitraum von zehn Jahren insgesamt 125 Millionen Euro bereitgestellt. Besonders freue ich mich, dass auch eine Schule aus Spandau dabei ist. Die Schule an der Jungfernheide wurde als eine von bundesweit 300 Schulen

für die Förderung leistungsstarker Schülerinnen und Schulen ausgewählt. Wissenschaftlich begleitet wird die neue Begabtenförderungsinitiative von der Freien Universität und der Humboldt-Universität und kann so einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung von Schule leisten.

